

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Kreistages
des Landkreises Osterode am Harz in der Wahlperiode 2006/2011
am 15. Sept. 2008, 15.00 Uhr,
im Städtischen Kurhaus (Amadeus-Saal),
Ritscherstr. 2, 37431 Bad Lauterberg im Harz,

Anwesend:

Mitglieder des Kreistages

Landrat Bernhard Reuter und
die Kreistagsabgeordneten

Wilhelm Berner, Osterode am Harz
Wolfgang Dervedde, Osterode am Harz
Christa Hartz, Herzberg am Harz
Hans-Jürgen Hausemann, Bad Sachsa
Karl-Heinz Hausmann, Osterode am Harz
Edgar Hopfstock, Wieda
Ulrich Kamphenkel, Wieda
Manfred Keimburg, Osterode am Harz
Helga Klages, Osterode am Harz
- Vorsitzende -
Rosita Klenner, Walkenried
Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz
- stellv. Vorsitzender -
Henning Kruse, Wulfen am Harz
Barbara Lex, Windhausen
Klaus Liebing, Bad Sachsa
Herbert Lohrberg, Eisdorf
Helga Meyer, Herzberg am Harz
Herbert Miche, Walkenried

Marianne Niederheide, Osterode am Harz
Lutz Peters, Herzberg am Harz
Klaus Posselt, Herzberg am Harz
Barbara Rien, Bad Lauterberg im Harz
Eike Röger, Bad Lauterberg im Harz
Raymond Rordorf, Osterode am Harz
Reinhard Schmitz, Herzberg am Harz
Uwe Schrader, Osterode am Harz
Ulrich Schramke, Herzberg am Harz
Frank Seeringer, Osterode am Harz
Hermann Seifert, Bad Sachsa
Eberhard Siegler, Osterode am Harz
Erich Sonnenburg, Badenhausen
Peter Stecher, Bad Sachsa
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz
Manfred Thoms, Hattorf am Harz
Fritz Vokuhl, Bad Lauterberg im Harz
Günter Wellerdick, Herzberg am Harz
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz

Von der Verwaltung

Erster Kreisrat Gero Geißreiter
Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister
Kreisamtmann Jörg Schattenberg - als Protokollführer -
Referendar Colin Haase

Es fehlen entschuldigt
die Abgeordneten

Werner Bruchmann, Bad Sachsa
Hans-Jürgen Gückel, Herzberg am Harz
Gerd Schirmer, Hattorf am Harz
Regina Seeringer, Osterode am Harz
Susanne Voigt, Badenhausen
Karin Wode, Elbingerode

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages. Sie begrüßt die Anwesenden, besonders den Bürgermeister der Stadt Bad Lauterberg im Harz, die Mitglieder der Personalvertretung der Kreisverwaltung sowie die Vertreterin der Presse.

Sodann stellt die Vorsitzende die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; der Kreistag stellt folgende

T a g e s o r d n u n g

fest:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 9. Juni 2008
4. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

...

5. 1. Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008
6. Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2008
7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008
8. Entgegennahme der Jahresrechnung und Entscheidung über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2006
9. Antrag der SPD/FDP-Kreistagsgruppe;
Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten
10. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
Studie zur Gründung einer verfassten Region
11. Anfragen und Mitteilungen
12. Einwohnerfragestunde

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die
Sitzung des Kreistages am 9. Juni 2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses am 9. Juni 2008 wird
genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

Punkt 4:

Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

Struktur und Entwicklung der Landkreise im Bereich der IHK Hannover

Der Bundesdurchschnitt des Bruttoinlandsproduktes lag für den Zehn-Jahres-Zeitraum
1996 bis 2006 bei + 23,8%; der Durchschnitt für Niedersachsen lag bei + 22,2 %.

Wachstumsstärkste Landkreise im Bereich der IHK Hannover waren in den letzten
zehn Jahren Osterode (+40,0 %), Diepholz (+26,5 %) und die Region Hannover
(+25,8 %). Für 2006 - ein konjunkturell starkes Jahr - errechneten die Statistiker
eine Wachstumsrate von 7,2 % für den Landkreis Osterode am Harz gefolgt von
jeweils 6,0 % für die Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden.

Diese Entwicklung verdeutlicht die hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im
Landkreis Osterode am Harz.

Punkt 5:

1. Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008

Der Abg. Thoms kündigt an, dass die SPD/FDP-Gruppe dem 1. Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008, der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2008 und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 zustimmen werde. Ausführlich würdigt er die im Vorbericht dargestellten Sachverhalte. Insbesondere geht er dabei auf den Zuschussbedarf im Kinder- und Jugendhilfebereich, die Mittelvergabe für die Schulen durch das Land sowie die konsequente Personalpolitik ein. Eine restriktive Haushaltsführung bezeichnet er als erforderlich.

Der Abg. F. Seeringer führt aus, dass die CDU-Kreistagsfraktion dem 1. Nachtrag zum Stellenplan ebenfalls zustimmen könne. Er weist darauf hin, dass die in der Vergangenheit mehrfach von seiner Fraktion geforderte Wiederbesetzungssperre nunmehr umgesetzt werde. Kurz geht er auf die aus der strukturellen Veränderung des Verwaltungsaufbaus (Zusammenlegung von Organisationseinheiten) resultierende Höherwertigkeit von Leitungsstellen ein, die ebenfalls mitgetragen werden könne.

Den Nachtragshaushaltsplan sowie das Haushaltssicherungskonzept werde die CDU-Kreistagsfraktion ablehnen, da bereits die ursprüngliche Haushaltsplanung aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen wurde und Veränderung in diesen Bereichen nicht eingetreten sei.

Der Abg. Röger bezeichnet die im Stellenplan abgebildete Personalentwicklung als erfreulich, während er den Nachtragshaushaltsplan als betrüblich, wenn auch in seinen Gründen nicht vorhersehbar, empfindet. Die Aufgabenübertragung auf die Kommunen stelle eine Bealstung dar, welche nicht durch eine gute konjunkturelle Entwicklung ausgeglichen werden könne. Weiterhin müsse der Landkreis Osterode am Harz eine hohe Arbeitslosenzahl sowie eine erhebliche Einpendlerquote verkraften, während auf der anderen Seite Fachkräfte fehlen würden.

Der Abg. Seifert verweist auf das im Namen der SPD/FDP-Kreistagsgruppe bereits angekündigte Votum, fragt aber ergänzend nach dem Personalbedarf für die Kinderbetreuungsservicestelle sowie das Seniorenservicebüro.

KOAR Pfister antwortet, dass für die beiden Bereiche eine bzw. eine halbe Stelle vorgesehen sind, deren Besetzung aber von einer positiven Entscheidung über die gestellten Zuwendungsanträge abhängig sei.

Die Abg. Meyer fragt, warum der Antrag der Haupt- und Realschule Hattorf am Harz auf Einrichtung einer Ganztagschule abgelehnt worden sei, wie viele Ganztagschulen es im Landkreis Osterode am Harz gebe und wie hoch der Anteil der Schulabgänger ohne anschließende Ausbildung sei.

Der Landrat erläutert, dass der Bund vor ca. 6 Jahren ein Programm zur Förderung von Investitionen für Ganztagschulen initiiert habe. Die hierfür vorgesehenen Mittel wurden nach der Zahl der Schüler auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Das Land Niedersachsen habe aber diesen Schlüssel nicht für die Verteilung auf die Schulträger übernommen, sondern die Mittelvergabe sei nach dem „Windhundverfahren“ erfolgt, so dass der Landkreis Osterode am Harz nicht die anteilig erwarteten 4 Mio. €, sondern lediglich 750.000 € erhalten habe. Das Land konnte die Anträge der Haupt- und Realschulen Hattorf am Harz und Badenhausen auf Einrichtung von Ganztagschulen nicht genehmigen, da es die Fördermittel bereits in vollem Umfang vergeben hatte.

Ein Ganztagschulbetrieb werde an der Hauptschule Osterode am Neustädter Tor, der KGS Bad Lauterberg und der Haupt- und Realschule in Bad Sachsa - bei den beiden letztgenannten ohne Personalförderung - realisiert.

Die Frage zu dem Anteil der Schulabgänger ohne anschließende Ausbildung soll in der Niederschrift gegeben werden:

Der Landkreis Osterode am Harz erfragt von den Schulabgängern jedes Jahrgangs die weitere berufliche Planung und bietet ggf. Unterstützung und Beratung an. Mit Stichtag 20. April 2008 waren dies 1291 Schulabgänger, von denen am 20. Juni 2008 noch 161 „unversorgt“ (Ausbildungsplatz, Studienplatz, Bundeswehr, Praktikum u.a.) waren. Diese Zahl verringerte sich bis Ende Sept. 2008 auf 69.

Der Abg. Rordorf sieht in der Förderpraxis des Ganztagschulunterrichtes nur die Spitze eines Eisbergs und kritisiert den vom Land verwendeten, ungerechten Verteilungsschlüssel. Hinsichtlich des Stellenplans, der Nachtragshaushaltssatzung sowie des Haushaltskonsolidierungskonzeptes kündigt er die Zustimmung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an. Die Stellschrauben liegen nach seiner Ansicht nicht beim Landkreis Osterode am Harz.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den 1. Nachtrag zum Stellenplan als Bestandteil des 1. Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 gem. § 65 NLO i.V.m. § 85 Abs. 2 NGO und § 5 GemHKVO in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 6:

Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2008

Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Osterode am Harz für das Haushaltsjahr 2008 wird in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen dafür und
10 Gegenstimmen)

Punkt 7:

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008

Beschluss:

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 8 NLO wird das Haushaltssicherungskonzept für den Landkreis Osterode am Harz in der von der Verwaltung erarbeiteten Fassung beschlossen.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen dafür und
10 Gegenstimmen)

Punkt 8:

Entgegennahme der Jahresrechnung und Entscheidung
über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2006

- Drucksache Nr. 136 -

Die Abg. Meyer lobt die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes, welches mit seinem Prüfbericht eine sorgfältige, rechtskonforme Arbeit geleistet habe.

Der Abg. Körner bittet um eine kurze Darstellung des „Systems Koch“. Der Landrat kommt dieser Bitte nach. Ergänzend führt KOAR Pfister aus, dass der Landkreis Osterode am Harz alle Hauptforderungen aus der Abwicklung des Systems zurück bekommen hat. Lediglich über die Höhe der Zinsen bestehe mit einer Kommune Uneinigkeit; hier sei ein Gerichtsverfahren vor dem OLG Braunschweig anhängig.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Entgegennahme der Jahresrechnung 2006 des Landkreises Osterode am Harz und erteilt dem Landrat für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 9:

Antrag der SPD/FDP-Kreistagsgruppe;
Abberufung der Gleichstellungsbeauftragten

Der Abg. Thoms führt erläuternd zu dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus, dass nach dem Weggang der mit der Vertretung der Gleichstellungsbeauftragten betrauten Frau Kania die Stelle erneut zu besetzen ist. Um eine Kontinuität der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zu ermöglichen, sei eine dauerhafte Besetzung der Stelle erforderlich. Der bisherigen Stelleninhaberin drohen keine finanziellen bzw. materiellen Nachteile, da sie bei einer Rückkehr aus der Beurlaubung amtsangemessen innerhalb der Kreisverwaltung zu beschäftigen wäre.

Der Abg. Rordorf führt aus, dass durch die Abberufung kein Einschnitt vorgenommen und auch keine Einsparung erwirtschaftet werden solle. Die bestehende Beurlaubungsregelung für Beamte sei rechens und mache deshalb die beantragte Entscheidung erforderlich. Er plädiert für eine möglichst schnelle und langfristige Besetzung der Stelle.

Es ergibt sich eine kurze Aussprache zu den Erfolgsaussichten eines möglichen Rechtsstreits, an der sich die Abg. Schmitz und F. Seeringer sowie der Landrat beteiligen.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Kreisamtfrau Britta Schweigel wird aus ihrer Funktion als Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Osterode am Harz abberufen.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei
3 Stimmenthaltungen)

Punkt 10:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
Studie zur Gründung einer verfassten Region

Der Abg. Rordorf erläutert, dass es sich um einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN handele, welcher direkt in die Kreistage der Landkreis Göttingen, Northeim und Osterode am Harz sowie den Rat der Stadt Göttingen eingebracht werde. Deshalb sei absichtlich zunächst auf eine Behandlung in den Fachausschüssen verzichtet worden. Der Abg. Rordorf betont, dass nicht unreflektiert für die Bildung einer verfassten Region eingetreten werde, sondern die damit verbundenen Ängste und Befürchtungen gesehen würden. Die demografische Entwicklung verlange nach aktivem Handeln, und die Aussage des Ministerpräsidenten Wulff, dass zwar keine Gebietsreform geplant sei, aber Problemmunnen in einer Erklärungspflicht stünden, betrachte er als Warnsignal. Die beantragte Studie solle lediglich die Datengrundlage für eine eigenverantwortliche Entscheidung liefern.

Der Abg. Körner merkt an, dass die Studie nur einen Sinn habe, wenn auch eine Fusion vorgesehen sei. Dann müssten aber auch andere Konstellationen, z.B. eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis Goslar, geprüft werden.

Der Abg. Thoms führt aus, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag ausführlich beraten habe. Einer Zusammenarbeit in der Region stehe man durchaus offen gegenüber - hierzu verweist er auf den Landschaftsverband Südniedersachsen, den Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen und den Abfallzweckverband Südniedersachsen. Manche Aufgaben seien gut geeignet, um auf Regionsbasis erledigt zu werden; andere lebten jedoch gerade durch ihre Bürgernähe, wie z.B. das erfolgreiche Job-Center. Er lehnt es ab, an der Institution Landkreis Osterode am Harz zu rütteln. Sodann stellt er weitere mögliche Gebiete der Zusammenarbeit vor (Regionalverband Südniedersachsen und die Regionalplanung und -entwicklung). Im Ergebnis gebe es kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsdefizit. Das beantragte Gutachten hält er für überflüssig und teuer.

Der Abg. F. Seeringer verweist auf die vielen bereits funktionierenden Projekte bei der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Kommunen und z.B. auch mit dem Landkreis Goslar. Er sieht in einer verfassten Region zz. kein politisches Thema und stellt den Nutzen des Gutachtens in Frage. Zu prüfen wäre auch, ob die Daten nicht bereits vorhanden seien, z.B. beim Nieders. Landkreistag.

Der Abg. Röger sieht in dem Antrag eine Chance, neue Informationen und Argumente zu sammeln, und erklärt, dem Antrag zustimmen zu wollen.

Es ergibt sich noch eine kurze Aussprache, an der sich die Abg. Seifert, Vokuhl, Meyer, Hausemann und Schmitz beteiligen. Der mögliche Erkenntnisgewinn durch die beantragte Studie wird dabei unterschiedlich eingeschätzt.

Der Landrat warnt vor einem „Flickenteppich“ unterschiedlicher Lösungsversuche in Niedersachsen und tritt entschieden für eine systematische Herangehensweise in Bezug auf das Thema ein. Auch müssten vor einer Studie die Eckdaten des Landes vorliegen. In diesem Zusammenhang weist der Landrat darauf hin, dass weitere Aufgabenverlagerungen durch das Land geplant seien. Weiterhin müssten zunächst alle rechtlichen Fragen geklärt werden, so sei z.B. die Gebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern verfassungswidrig, da die dort gebildeten Großkreise gegen Art. 28 GG verstoßen. Die finanziellen Folgen wären genauso zu betrachten, wie der Erhalt bestehender Kreisstrukturen (bei den Sportverbänden oder der Feuerwehr). Erst wenn zu diesen Fragen Klarheit bestehe, sei eine sinnvolle Befassung mit dem Thema möglich.

Sodann fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Erstellung einer Studie zur Gründung einer verfassten Region nicht weiter zu behandeln.

(Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür und
4 Gegenstimmen)

Punkt 11:

Anfragen und Mitteilungen

1. Die Frage des Abg. Körner, ob der Probebetrieb der mechanisch-biologischen Restabfallbehandlungsanlage (MBA) in Deiderode ab 4. Aug. 2008 mit 100 % erfolge, wird vom Landrat bejaht.
2. Die Abg. Meyer berichtet, dass in der Kreisstadt eine „(N)Ostalgieveranstaltung“ geplant sei, bei der u.a. die Praxis der ehemaligen DDR-Grenzkontrollen verharmlost werde. Auf ihre Frage, was der Landkreis Osterode am Harz gegen die Veranstaltung unternehmen wird, antwortet der Landrat, dass keine Zuständigkeit gegeben ist.
3. Der Abg. Schmitz fragt nach der Einpendlerquote aus dem Bereich Duderstadt und warum in Vergabeverfahren nicht Bieter aus dem Landkreis Osterode am Harz bevorzugt werden.

Der Landrat antwortet, dass Duderstadt nicht als Einheit erfasst und ausgewertet sei. Es soll aber geprüft werden, ob die Daten für den Landkreis Göttingen vorliegen und mitgeteilt werden können.

Zu der zweiten Teilfrage verweist der Landrat auf die bestehenden Vergabevorschriften. Ein Verstoß gegen die bindenden Ausschreibungsrichtlinien (z.B. VOB und VOL) sei ausgeschlossen. Man versuche aber, dem örtlichen Handwerk und kleinen Betrieben Chancen zu bieten, indem Aufträge zulässigerweise in Lose aufgeteilt werden. Weiterhin werden Informationsveranstaltungen für kleine Betriebe angeboten, um Handwerkern im Kreis Osterode den Umgang mit dem Vergaberecht zu erleichtern.

4. Der Abg. Rordorf fragt bezüglich der Äußerung des Landrates zu Punkt 10 der Tagesordnung, was unter systematischem Vorgehen verstanden werden soll.

Der Landrat erläutert, dass für die Bildung einer verfassten Region ein Gesetz erforderlich sei. Solange diese nicht existiere, sei das Maximum an Zusammenarbeit im Institut des Zweckverbandes vorgegeben. Die Kreisgröße sei nicht allein ausschlaggebend.

5. Auf die Frage des Abg. Seifert nach dem Baubeginn für die B 243n antwortet der Landrat, dass nach seiner Kenntnis am 30. Okt 2008 der erste Spatenstich erfolgen solle. Eine offizielle Einladung liege aber noch nicht vor.
6. Der Abg. Röger weist bezüglich des Punktes 10 der Tagesordnung nochmals darauf hin, dass er nicht für die Bildung einer verfassten Region plädiert habe, sondern sich lediglich das Zahlenmaterial aus der beantragten Studie gewünscht hätte.

Auf seinen Vorschlag, vermehrt von beschränkten Ausschreibungen Gebrauch zu machen, um der Leistungsfähigkeit einzelner Bieter Rechnung zu tragen, antwortet der Landrat, dass dann, wenn es gesetzlich zulässig ist, auch jetzt bereits beschränkte Ausschreibungen durchgeführt werden.

Punkt 12:

Einwohnerfragestunde

Herr Frank Kellner aus Steina bittet um das Wort. Er stellt sich als Ortsbürgermeister vor und fragt, ob es eine Änderung bei der Förderung des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) gebe.

Landrat Reuter erläutert, dass es sich bei dem ILEK um ein laufendes Programm handele, dessen Sinn die Qualifizierung von Einzelanträgen sei. Haushaltsmittel stünden grds. bis zum Jahr 2013 zur Verfügung; fraglich sei ggf. die Gegenfinanzierung. Bei Interesse rät der Landrat deshalb zur möglichst baldigen Antragstellung.

Um 16.55 Uhr schließt die Vorsitzende die öffentliche Sitzung des Kreistages.

gez.
Helga Klages

Vorsitzende

gez.
Bernhard Reuter

Landrat

gez.
Jörg Schattenberg

Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Kreistages am 17. November 2008